



**SPD Landesverband Berlin
Kreis Pankow**

Wahlperiode 2024 bis 2026

3. Kreisdelegiertenversammlung (KDV)

12. Oktober 2024

Beschlussbuch

Voten der KDV vom 12. Oktober 2024

ANT033/01	Annahme in der Fassung der Antragskommission mit weiteren Änderungen
ANT042/03	Annahme in der Fassung der Antragskommission mit Änderung
ANT043/03 neu	Annahme
ANT044/03 neu	Annahme mit Änderungen
ANT045/03	Annahme in der Fassung der Antragskommission
ANT046/03	Annahme in der Fassung der Antragskommission mit weiteren Änderungen

Kreisdelegiertenversammlung Pankow
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung
03. KDV am 12.10. 2024

WP 2024 bis 2026

ANT 033/01

Antrag Nr.

SPD Frauen & Jusos

24.03.2024

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- ☒ **Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
Der Landesparteitag möge beschließen:
Der Bundesparteitag möge beschließen:

Vielfalt in der SPD Pankow – mit gezielter Zielgruppenansprache

Wir fordern die SPD Pankow auf, sich stärker um unterrepräsentierte Zielgruppen zu kümmern und diese durch gezielte Ansprache nach draußen und in der Parteiarbeit stärker einzubinden.

Zu diesen Zielgruppen gehören unter anderem:

Frauen*:

Frauen* waren in der Vergangenheit immer das Rückgrat der Wähler*innenschaft der SPD. Jetzt verlieren wir mit jeder Wahl in dieser Zielgruppe immer mehr den Zuspruch.

Um der Tatsache zu begegnen, dass sich Frauen* in Zahlen weniger in der SPD engagieren, bedarf es auch einer **kritischen Auseinandersetzung mit den Strukturen, der Art der Kommunikation und den Themen**. Diese sind für viele Frauen* nicht attraktiv, da sie oftmals nicht mit ihrer Lebensrealität zusammenpassen. Für die Parteiarbeit heißt das, dass Vereinbarkeit von Ehrenamt mit Beruf und Privatleben auch **wirkliche Veränderungen in den Strukturen, sei es Uhrzeiten für Sitzungen oder generell bei Formen der Kommunikation und des Austausches**, bedeutet.

Als Kreis **unterstützen wir aktiv, auch finanziell**, bei der Vereinbarkeit von ehrenamtlichem Engagement alle Genoss*innen.

Wir fordern:

- Regelmäßige Berichte und Sitzungen der Gleichstellungskommission zu vorher abgestimmten Zeiten, um gleichstellungspolitische Strukturen zu bereden
- Feste Möglichkeit der Kinderbetreuung auf Parteiveranstaltungen des Kreises und Information darüber, dass es diese gibt, sowie Kostenübernahme privat organisierter Kinderbetreuung zur Sitzungsteilnahme
- Offene Diskussion über Parteistrukturen, Kommunikation – alternierende Sitzungszeiten, Möglichkeiten der hybriden Sitzung
- Kauf von hybrider Veranstaltungstechnik für das Kreisbüro mit einem guten Soundsystem, um hybride Sitzungen zu ermöglichen

- Kauf von mobiler hybrider Veranstaltungstechnik für die Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften mit einem guten Soundsystem, damit hybride Sitzungen kreisweit ermöglicht werden

Menschen mit Behinderungen:

Menschen mit Behinderung sind in unserer Partei wenig vertreten. Oft begegnen den aktiven Mitglieder Barrieren, wie zum Beispiel nicht barrierefreie Sitzungsraume und Sanitäranlagen. Ziel sollte für uns immer sein, dass Menschen an unseren Sitzungen teilnehmen können. In Zukunft wollen wir auch überlegen, wie wir **Barrieren** für beispielsweise gehörlose oder nicht-sehende Menschen **abbauen können**.

Wir fordern:

- Liste mit barrierefreien Sitzungsräumen, in denen Sitzungen primär stattfinden sollen
- Austausch mit AG Selbst Aktiv über den Abbau von Barrieren, die in der Partei gegenüber Menschen mit Behinderung bestehen
- Angemessene Repräsentanz von Menschen mit Behinderung in Parteigremien

Jüngere Menschen:

In den vergangenen Monaten ist die Anzahl von Mitgliedern unter 35 in der SPD stark zurückgegangen. Auch zeigt sich in Studien, dass junge Menschen zunehmend rechte Parteien unterstützen. Unser Ziel muss sein, **junge Menschen wieder vermehrt anzusprechen**, auch und gerade auf **Social Media**, und sie für eine sozialdemokratische Politik zu begeistern.

Zudem muss es eine **Vernetzung mit Jugendzentren und Einrichtungen für Jugendlichen** geben, um die Bedürfnisse von jungen Menschen im Bezirk zu erkennen und diesen in unserer Politik einen Raum zu geben.

In **Wahlkämpfen sollen junge Menschen zielgruppenspezifisch angesprochen werden**.

Wir fordern:

- Gezielte Ansprache von Neuwähler*innen (Personen ab 16 Jahre) und jungen Menschen
- Wahlkampf vor Schulen mit Themen wie Ausbildung und Wohnen für junge Menschen
- Einbindung von jungen Menschen in die Planung von Themen für Sitzungen
- intensiveren Auftritt auf Social Media, ggf. mit zusätzlicher hauptamtlicher Unterstützung
- Vernetzung mit Einrichtungen für Jugendliche

Menschen mit Migrationsgeschichte:

Pankow ist vielfältig und die Bevölkerung wird immer vielfältiger - mittlerweile hat gut ein Drittel der Menschen, die in Pankow leben, eine Migrationsgeschichte. Innerhalb dieser Personengruppe gibt es jedoch auch extrem viel Diversität. Diese Diversität muss sich in unserer Parteiarbeit widerspiegeln: In der **Ansprache perspektivischer Neumitglieder** und perspektivischen Wähler*innen, in unserer inhaltlichen Programmatik, die diese Gruppe nuanciert betrachten muss, und strukturell in unserer **innerparteilichen Zusammenarbeit, in unseren gewählten Gremien und Führungsämtern und auch in der Zusammensetzung unserer BVV-Listen und Kandidaturen für die Landes- und Bundesebene**. Dies muss eine Aufgabe für die gesamte Partei sein.

Die inhaltliche Politik, die die SPD Pankow und insbesondere die **AG Migration und Vielfalt in der SPD Pankow** für die migrantische Bevölkerung leisten, ragt in den letzten Jahren schon positiv heraus. Jedoch gibt es auch hier Raum für Verbesserung, da die SPD weiterhin nicht als führende Kraft für die Belange von Menschen mit Migrationsgeschichte wahrgenommen werden. Alle Ebenen der Partei in Pankow müssen sich ernsthaft und strukturell mit der Frage beschäftigen - und sie auch lösen und umsetzen - wie wir uns diverser aufstellen. Nur durch verbindliche Strukturänderungen und gut durchdachte, von allen beschlossenen Verfahren können wir dieser dringend notwendigen Transformationsaufgabe dauerhaft gerecht werden.

Wir fordern:

- eine diversere Aufstellung unserer Parteigremien
- Repräsentanz von migrantisierten Menschen
- Vernetzung mit migrantischen Organisationen
- mehrsprachige Kampagnen

Senior*innen:

Senior*innen waren in der Vergangenheit die Wähler*innengruppe mit dem höchsten Stimmenanteil für die SPD. In der SPD sind sie die mit Abstand stärkste Altersgruppe. Gleichzeitig zeigen Studien, dass die Senior*innen die Wähler*innengruppe mit dem niedrigsten Stimmenanteil für die die AfD sind. Doch haben wir bei den Wiederholungswahlen auch in dieser Wählergruppe Anteile verloren. Die Senior*innen sind keine einheitliche Gruppe. Viele sind bis ins hohe Alter gesund und fit. Pflege- und Hilfebedarf haben manche ihr Leben lang nicht, andere erst mit immer höherem Alter. Es gibt eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem Selbstverständnis der meisten Senior*innen und ihrem Anspruch auf ein selbständiges, selbstbestimmtes Leben und umfassende Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen - auch bei Hilfebedürftigkeit - einerseits und dem in der Gesellschaft, vielfach auch in der Politik vorherrschenden Altenbild und den paternalistischen Haltungen gegenüber den Senior*innen. Zur umfassenden Teilhabe gehört auch die Teilhabe in der Politik. Sie ist auch unabdingbar, damit das neue Selbstverständnis der Senior*innen angemessen in der Politik aufgegriffen wird. In der SPD sind viele Senior*innen Mitglieder. Aber nur relativ wenige nehmen Mandate und/oder Funktionen wahr. Das ändern wir, wir streben an, dass auch Senior*innen in unseren Parteigremien und unseren Fraktionen angemessen vertreten sind. Damit erschließen wir uns auch zusätzliche Ressourcen. Senior*innen bringen nicht nur ihre im Laufe ihres Lebens erarbeiteten Kompetenzen und Erfahrungen ein. Sie haben in der Regel auch mehr Zeit für Politik als noch voll arbeitende Menschen.

Arbeitnehmende ohne akademische Ausbildung:

Die SPD ist die Partei der Arbeitnehmenden, egal ob sie in der Industrie, im Handwerk, im Gesundheitswesen, in der Gastronomie, im öffentlichen Dienst oder in anderen Dienstleistungsbereichen arbeiten. Wir wollen als SPD die Lebenswirklichkeit, Bedarfe und Wünsche aller Arbeitnehmenden berücksichtigen. Deshalb müssen auch Arbeitnehmende aus möglichst allen Branchen und Arbeitsbereichen in unseren Gremien und in den Parlamenten vertreten sind. Zur Zeit haben wir hier ein Ungleichgewicht zugunsten von Arbeitnehmenden aus dem öffentlichen Dienst mit akademischem Abschluss. Wir wollen deshalb gezielt wieder Arbeitnehmende aus anderen Arbeitsfeldern und solche ohne akademischen Abschluss für die Mitarbeit in der SPD und für die Übernahme politischer Ämter gewinnen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Kreisdelegiertenversammlung Pankow
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung
03. KDV am 12.10. 2024

WP 2024 bis 2026

ANT 042/03

Antrag Nr.

03/02 Abt. Französisch Buchholz

22.08.2024

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- ☒ **Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- ☒ **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- ☒ **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Stadtentwicklung und Verkehr aus einem Guss

- 1 Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung,
- 2 Bauen und Wohnen (SenStadt) und die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr,
- 3 Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU), für die Planung der neuen Stadtquartiere und
- 4 Entwicklung der Großen Wohnungsbaupotentiale des Stadtentwicklungsplan (StEP)
- 5 Wohnen 2040, jeweils gemeinsame Projektgruppen bilden, um eine einheitliche und
- 6 gleichzeitige Umsetzung des Wohnungsneubaus mit der erforderlichen verkehrlichen
- 7 Erschließung zu gewährleisten.

Begründung:

Eines der dringendsten Probleme der Stadt sind die zu hohen Mieten. Die wichtigste Maßnahme zur Lösung ist eine Verstärkung des Wohnungsbaus. Neue Wohnungen und neue Stadtquartiere verlangen jedoch stets nach neuen Verkehrslösungen. Diese Themen müssen gemeinsam gedacht und geplant werden, damit neue Verkehrslösungen zeitgleich mit dem Wohnungsbau erfolgen und zusätzlicher motorisierter Individualverkehr minimiert werden kann.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Trennung der Verantwortung für diese Bereiche in unterschiedlichen Senatsverwaltungen unter der Leitung von Senator:innen aus unterschiedlichen Parteien unnötigen zusätzlichen Abstimmungsbedarf erzeugt und schnelle, gut abgestimmte Lösungen erschwert werden.

Daher ist es geboten, diese Aufgaben im Senat besser koordinieren.

Kreisdelegiertenversammlung Pankow
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung
03. KDV am 12.10. 2024

WP 2024 bis 2026

ANT 043/03 neu

Antrag Nr.

AG60plus

12.09.2024

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

☒ **Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

☒ **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Aufbau einer dritten Säule für eine altersgerechte Verwaltung

- 1 In Berlin leben derzeit ca. 1 Mio. ältere Menschen. Die Tendenz ist deutlich ansteigend.
- 2 Angesichts der älter werdenden Gesellschaft werden zukünftig verstärkt notwendige
- 3 Differenzierungen bei Verwaltungsdienstleistungen vorgenommen werden müssen.
- 4 Senatsverwaltungen und Bezirke werden aufgefordert, im Zuge der Verwaltungsreform
- 5 bei ihren Verwaltungsdienstleistungen für eine altersgerechte Verwaltung stärker in drei
- 6 idealtypische Zielgruppen zu differenzieren und den Zugang und ihr Verwaltungshandeln
- 7 entsprechend auszurichten. Diese sind: Die jungen Alten, Betagte und Hochbetagte.
- 8 Die jungen Alten umfassen überwiegend die Altersgruppe von 60 bis 70. Jahre. Sie sind
- 9 charakterisiert durch eine höhere Affinität zur Nutzung digitaler Angebote, wohnen
- 10 meistens zuhause und sind in der Regel nicht oder wenig mobilitätseingeschränkt.
- 11 Für diese Zielgruppe wird der Zugang in der ersten (Bürgerämter) und in der zweiten
- 12 Säule (Online Services) optimiert. Diese müssen zusätzlich barrierefrei ausgestaltet
- 13 werden.
- 14 Die Konzentration auf diese beiden Säulen des Zugangs und des Angebots an
- 15 Verwaltungsdienstleistungen entspricht oftmals nicht der Lebenswirklichkeit älterer
- 16 Menschen. Deshalb lautet der Leitsatz für eine altersgerechte Verwaltung: Wenn die
- 17 Gesellschaft aufgrund 16 des demographischen Wandels immobiler wird, muss die
- 18 öffentliche Verwaltung als Dienstleister mobiler werden.
- 19 Für Betagte und Hochbetagte wird in Berlin eine dritte Säule des Zugangs und des
- 20 Angebots für eine altersgerechte Verwaltung aufgebaut. Sie zeichnet sich durch
- 21 Dezentralität und Differenzierung aus.
- 22 Betagte ältere Menschen finden sich idealtypisch in der Altersgruppe 70 bis 80. Sie
- 23 wohnen mehrheitlich noch zuhause. Ein wachsender Teil von ihnen kämpft aufgrund
- 24 seines Gesundheitszustandes mit mittleren Mobilitätseinschränkungen oder nimmt
- 25 häufig ambulante Pflegedienste in Anspruch. Ein erheblicher Teil von ihnen ist nicht in
- 26 der Lage oder nicht willens/fähig, digitale Dienstleistungen zu nutzen.

27 Für die betagten älteren Menschen werden Beratung und Antragstellung für
28 Verwaltungsdienstleistungen in der neuen dritten Säule an leicht erreichbaren Orten
29 zeitweise bereitgestellt,
30 Dies sind beispielsweise Seniorenbegegnungsstätten, Nachbarschaftszentren,
31 Stadtteilbibliotheken vor Ort.
32 In Frage kommen könnte auch der Einsatz mobiler Verwaltungsbusse, die insbesondere
33 die Stadtrand-Ortsteile regelmäßig bedienen.
34 Weil die öffentliche Verwaltung ihre Dienstleistungen an diesen Standorten mobil
35 anbietet, sollten vermehrt „Digitale Bürgerkoffer“¹ angeschafft werden.
36 Damit es nicht zu einer vollständigen Substitution der Bürgeramtstermine kommt, sollten
37 vorrangig Betagte und Menschen mit einem Schwerbehindertenausweis diese
38 wohnortnahen Verwaltungsdienstleistungen in Anspruch nehmen können.
39 Perspektivisch sollte analysiert werden, inwieweit die Unterstützung bei Beratung und
40 Antragstellung durch ehrenamtliche Verwaltungslotsen (ehemalige
41 Verwaltungsbeschäftigte) wohnortnah erfolgen kann. Das Konzept der
42 Versicherungältesten könnte hier Pate stehen.
43 Hochbetagte ältere Menschen finden sich in der Altersgruppe 80 Plus. Ihre wesentlichen
44 Merkmale sind: sie sind eher im Pflegeheim als die Betagten, sind hochgradig
45 mobilitätseingeschränkt und weisen eine sehr geringe Affinität zu digitalen Angeboten
46 auf. Hauptsächlich für die Zielgruppe der Hochbetagten werden in der dritten Säule
47 Hausbesuche beispielsweise in Pflegeheimen etc. angeboten. Zum Einsatz kommen
48 könnte hier ein Kleinbus, der mit dem digitalen Bürgerkoffer ausgestattet ist.
49 Der Aufbau der dritten Säule für eine altersgerechte Verwaltung erfolgt durch
50 Pilotprojekte in ausgewählten Bezirken bis zum Jahre 2026. Die sozialdemokratischen
51 Mitglieder des Senats erstatten dem Landesparteitag Bericht über die Umsetzung.

Begründung:

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die staatliche Handlungsfähigkeit geht verloren, wenn eine öffentliche Verwaltung die an sie gerichteten Ansprüche nicht oder nur unzulänglich erfüllt. Dieser Vertrauensverlust hat sich für die SPD bereits in den Wahlergebnissen 2021 und 2023 in Berlin gezeigt.

Die öffentliche Verwaltung in Berlin steht vor einer großen Verwaltungsreform. Rahmenbedingungen sind dafür vor allem der demographische Wandel, die finanzielle und personelle Ressourcenknappheit und die Digitalisierung.

Grundsätzlich haben SPD und der Berliner Senat die Notwendigkeit für eine Verwaltungsreform erkannt. Dementsprechend sieht unser Wahlprogramm von 2021 vor, die technischen Voraussetzungen für digitale Angebote auszubauen und gleichzeitig die Vor-Ort-Präsenz zu stärken. Darüber hinaus wollten wir schon 2021 in Ergänzung zu den Bürgerämtern ämterübergreifende Kiezbüros oder mobile Bürgerämter einrichten.²

¹ <https://www.bundesdruckerei.de/de/innovation-hub/von-amts-wegen-zu-neuen-amtswegen>

² Vgl. Wahlprogramm 2021, S. 83

Dieses Ziel findet sich auch in der Koalitionsvereinbarung 2023 zwischen CDU und SPD wieder. Dort wird explizit auf eine Verkürzung der Behördenwege abgestellt, die durch unbürokratische Errichtung weiterer Bürgerämter und mobile Bürgeramts-Einheiten in entlegenen Ortsteilen mit schwach entwickelter ÖPNV-Anbindung erreicht werden soll.³ In den Richtlinien zur Regierungspolitik 2023-2026 wird ergänzt, dass der Senat Verwaltungssitze in den Kiezen und Einkaufsstrassen hinein entwickelt will.

Im Zuge der Verwaltungsreform in Berlin sollten diese politischen Zielsetzungen umgesetzt werden.

Verwaltungsdienstleistungen werden in Berlin heute hauptsächlich über zwei Säulen angeboten:

Die erste Säule stellen die bezirklichen Bürgerämter dar. Gegenwärtig muss man für die Inanspruchnahme von Verwaltungsdienstleistungen das bezirkliche Bürgeramt aufsuchen, wobei seit Jahren nicht garantiert werden kann, dass dort freie Termine zeitnah gebucht werden können. Entsprechend groß ist der Unmut bei Bürgerinnen und Bürgern.

Die zweite Säule, die die Priorität des Senats darstellt, ist der Ausbau der Online Services entsprechend den Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes 2.0 und die damit verbundene Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.

Die Konzentration auf diese beiden Säulen des Angebots an Verwaltungsdienstleistungen entspricht oftmals nicht der Lebenswirklichkeit älterer Menschen. Deshalb lautet der Leitsatz für eine altersgerechte Verwaltung: **Wenn die Gesellschaft aufgrund des demographischen Wandels immobiler wird, muss die öffentliche Verwaltung als Dienstleister mobiler werden.**

Beim Angebot des Zugangs zu Serviceleistungen der öffentlichen Verwaltung gilt bisher das Prinzip: One Size fit's all. Im Wesentlichen werden allen Bürgerinnen und Bürgern zwei Säulen angeboten: Bürgeramt und der Ausbau der Online Services. Die Behördenrufnummer 115 stellt oftmals das verbindende Scharnier dar.

Diese beiden Säulen entsprechen oftmals nicht der Lebenswirklichkeit älterer Menschen. Dies betrifft eher weniger die „jungen Alten“ als die Betagten und Hochbetagten.

Der Verweis auf die digitalen Möglichkeiten geht bei vielen Betagten und insbesondere bei Hochbetagten an deren Fähigkeiten und Kenntnissen vorbei.

Zwar ist im Zeitablauf zu erwarten, dass bei den betagten älteren Menschen die Einstellungen in Bezug auf Zugang und Nutzung digitaler Angebote positiver werden, gleichwohl muss die öffentliche Verwaltung in Berlin für diese Gruppe neue differenzierte Zugänge anbieten, wenn sie den Ansprüchen aus den Leitlinien für die Seniorenpolitik gerecht werden will.

³ Koalitionsvereinbarung, S. 12

Mit dem Aufbau einer dritten Säule des Verwaltungshandelns werden einzelne geplante dezentrale Pilotvorhaben wie Kiezbüros etc. perspektivisch in einen systematischen Rahmen gestellt.

Das Angebot einer dritten Säule konkretisiert mithin die inklusionspolitische Forderung, das insbesondere auch Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, kognitiven Beeinträchtigungen und mit anderen Handicaps am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Der Aufbau einer dritten Säule des Verwaltungshandelns unterstützt auch das in der Klima- und Städtebau-Politik entwickelte Konzept der kurzen Wege.

Dies würde auch den Ansprüchen beeinträchtigter Menschen, die auf den Rollstuhl angewiesen sind, gerecht werden. Aber auch für andere mobilitätseingeschränkte Menschen, die sich noch ohne Rollstuhl fortbewegen können, ist eine wohnortnahe Angebot mit Verwaltungsdienstleistungen hilfreich.

Darüber hinaus bedeutet es auch eine Entlastung des Pflegepersonals in den Heimen, wenn diese an ihrem Arbeitsplatz im Pflegeheim Verwaltungsdienstleistungen in Anspruch nehmen könnten anstatt zeitaufwendig den Termin im Bürgerbüro wahrnehmen zu müssen.

Vereinzelte Erfahrungen mit dem Einsatz mobiler Bürgerkoffer gegeben. Sie sind jedoch in der COVID Zeit ausgesetzt worden und seitdem nicht mehr weiterentwickelt worden. Jetzt besteht die Chance, sie mit dem Aufbau der dritten Säule für eine altersgerechte Verwaltung, landesweit in ein neues Konzept zu integrieren.

Selbst eine struktur- und finanzschwache Stadt wie Gelsenkirchen unterstützt mit dem Bürgermobil⁴ eine dezentrale Verwaltung. Ein ähnliches Beispiel⁵ findet sich in Essen⁶.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Beispielen für den Einsatz von dezentralen Bürgeramtskioske - zum Teil mit Videoanbindung⁷.

⁴ <https://www.gelsenkirchen.de/de/rathaus/buergerservice/bus-mobil/index.aspx>

⁵ https://www.essen.de/meldungen/pressemeldung_1501695.de.html

⁶ <https://www.bagso.de/themen/digitalisierung/aktion-leben-ohne-internet/aktuelle-meldungen/praxisbeispiel-essen-buergermobil-und-buergerkoffer/>

⁷ <https://www.kiosk.eu/de/einsatzbereiche/maerkte/oeffentliche-verwaltung/>

Kreisdelegiertenversammlung Pankow
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung
03. KDV am 12.10. 2024

WP 2024 bis 2026

ANT 044/03 neu

Antrag Nr.

03/12 Abt. Helmholtzplatz

12.09.2024

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- x **Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- x **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Diskussionsveranstaltung zur Ehrenbürgerschaft in Berlin

- 1 Der Landesvorstand Berlin wird aufgefordert eine Diskussionsveranstaltung zum Thema
- 2 Ehrenbürgerschaften in Berlin durchzuführen.
- 3 In einer breiten Debatte, in der sowohl die Partei als auch die AGH-Fraktion mit
- 4 einbezogen werden soll.
- 5 In breit geführter Diskussionen soll ein Kriterienkatalog erarbeitet werden, der unsere
- 6 sozialdemokratische Verantwortung widerspiegelt. So muss sich
- 7 Geschlechtergerechtigkeit, ebenso wie eine Prüfung der Biografien wiederfinden, im
- 8 Sinne einer Gesamtwürdigung der Person.

Begründung:

Auch in der Vergangenheit sind durchaus umstrittene Persönlichkeiten EhrenbürgerInnen Berlins geworden. Vermutlich hat sich die Linkspartei allenfalls zurückhaltend über die Ehrung Wolf Biermanns gefreut. Bei Ex-Bundeskanzler Kohl waren die Meinungen in mehreren Parteien einschließlich der SPD gespalten, war er eben nicht nur der Kanzler der Einheit, sondern auch der beispiellosen Wahllüge, dass die wirtschaftliche Einheit in Deutschland ohne Steuererhöhungen etc. möglich sei.

Die Partei erfuhr über einen Instagram-Post von der Entscheidung Friede Springer zur Ehrenbürgerin Berlins zu machen. Und auch wenn Frau Springer durch ihre unternehmerischen Aktivitäten Menschen Arbeit gibt, hier Steuern zahlt und für die Versöhnung mit dem jüdischen Volk eintritt, so ist sie doch umstritten. Das für den Konzern wichtigste Printmedium, die BILD Zeitung, ist alles andere als seriös. Moral ist ein Fremdwort. Bewusst werden Fake-News verbreitet. Hetze gegen geflüchtete Menschen ist Standard, sowie das rechtspopulistische Auspielen von sozial schwächer gestellten Menschen und MigrantInnen. Hinzu kommen schwierige politische Positionen wie z.B. bei der Kampagne, den Flughafen Tegel wider besseres Wissen offenzuhalten - es wurde immer behauptet, der neue Flughafen werde bereits am ersten Tag viel zu klein sein.

Kreisdelegiertenversammlung Pankow
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung
03. KDV am 12.10. 2024

WP 2024 bis 2026

ANT 045/03

Antrag Nr.

AGMuV Pankow

13.09.2024

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- ☒ **Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
Der Landesparteitag möge beschließen:
Der Bundesparteitag möge beschließen:

Pankow darf nicht am falschen Ende sparen – Bezirksamt muss VHS-Alphabetisierungskurse von geflüchteten Kindern absichern

- 1 Die Volkshochschule Pankow hat im vergangenen Schuljahr Kinder und Jugendliche mit
2 Fluchtgeschichte alphabetisiert, damit sie die wichtigste Voraussetzung für eine
3 Integration ins deutsche Schulsystem beherrschen: die lateinische Schrift. Ohne deren
4 Beherrschung haben sie keine Chance im deutschen Bildungssystem.
5
6 Nun droht dieses wichtige Angebot aber zusammenzubrechen, weil das Bezirksamt die
7 Finanzierung für die dafür extra angemieteten Räume nicht vorgesehen hat. Das muss
8 sich ändern! Die 12.000 Euro Mietkosten müssen daher vom Bezirksamt dringend auch
9 für das Jahr 2025 abgesichert werden, damit die wichtige Arbeit der VHS für diese
10 Kinder auch im kommenden Jahr umgesetzt werden kann.
11
12 Alternativ soll das Bezirksamt in Absprache mit Schulen und der VHS gleichwertige
13 Räume zur Verfügung stellen, um eine nahtlose Weiterführung der
14 Alphabetisierungskurse zu gewährleisten.

Begründung:

Derzeit werden in Pankow rund 1.000 Kinder in Willkommensklassen beschult. Weitere 130 Kinder sind noch unversorgt und stehen auf Wartelisten. Darunter sind viele Kriegsflüchtlinge (vor allem aus Syrien und Afghanistan), die noch alphabetisiert werden müssen. Sie wurden bislang in ihren Muttersprachen in der arabischen oder persischen Schrift alphabetisiert und müssen die lateinische Schrift noch erlernen oder aber sie konnten auf der Flucht gar nicht beschult werden und sind folglich noch überhaupt nicht alphabetisiert.

Für diese Kinder und Jugendlichen, meist zwischen 12 und 15 Jahren, gibt es zu wenig Alphabetisierungsangebote in Pankow. Deshalb bietet die VHS Pankow seit dem Frühjahr 2023 spezielle Alphabetisierungskurse an. Dafür wurden Räumlichkeiten in der Schönfließer Straße 7 mit einer Gesamtfläche von ca. 104 qm angemietet. Die beiden Räume wurden renoviert und bestuhlt. Im Frühjahr 2023 haben die ersten VHS-Kurse begonnen, mit je zwei Kursen vormittags und zwei Kursen nachmittags. Die Nutzung ist bis Ende 2024 gesichert. Darüber

hinaus nicht, weil das Bezirksamt Pankow keine Finanzierung der Miete für die Anmietung der Räume vorgesehen hat. Diese betragen rund 12.000 Euro im Jahr.

Es wäre verheerend, wenn dieses wichtige Angebot nicht abgesichert würde, denn das bisherige Angebot von Alphabetisierungsklassen reicht nicht aus. Ohne Alphabetisierung schaffen es die Kinder aber niemals regulär beschult zu werden. Das dürfen wir nicht zulassen. Die Kinder in Pankow dürfen nicht zurückgelassen werden. Sie sind das schwächste Glied in der Gesellschaft und bedürfen unser aller Unterstützung, damit sie das Versprechen der Sozialdemokratie auf „gleiche Bildungschancen für alle“ realisieren können.

Kreisdelegiertenversammlung Pankow
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung
03. KDV am 12.10. 2024

WP 2024 bis 2026

ANT 046/03

Antrag Nr.

AGMuV Pankow, Jusos Pankow, SPDqueer Pankow 15.09.2024

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- x **Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- x **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- x **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Kein Rechtsabbiegen in der SPD-Asyl- und Migrationspolitik!

- 1 Wir fordern insgesamt von allen Vertreter:innen der SPD, vor allem von den
 - 2 sozialdemokratischen Mitgliedern der Bundesregierung, den Mitgliedern der SPD-
 - 3 Bundestagsfraktion, insbesondere denen der Landesgruppe Berlin, sowie den Mitgliedern des
 - 4 Bundesvorstandes der SPD:
- 5 • Die Ablehnung von Abschiebungen in nicht-sichere Herkunftsstaaten, also Staaten, in
 - 6 denen Konflikte herrschen bzw. die Menschenrechtsslage dies nicht zulässt, entsprechend
 - 7 der Lagebeurteilung des Auswärtigen Amtes und des Bundeskanzlers
 - 8 • Die Ablehnung von Verschärfungen im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik; das heißt,
 - 9 ein Klares Bekenntnis zu einer Flucht- und Migrationspolitik, die im Einklang mit der
 - 10 Europäischen Menschenrechtskonvention (Art. 3), der EU-Grundrechtecharta (Art. 4)
 - 11 sowie der VN-Menschenrechtskonvention (Art. 10 u.11) steht
 - 12 • Die Ablehnung von Asylabkommen/Rückführungsabkommen mit Drittstaaten
 - 13 • Eine deutliche Ablehnung jeglicher Aufweichungen des geltenden Asylrechts, wobei auch
 - 14 im bestehenden Rechtsrahmen Geflüchtete jederzeit menschenwürdig behandelt werden
 - 15 müssen
 - 16 • Eine Ausweitung von Aufnahmeprogrammen aus Drittstaaten, um Alternativen zu
 - 17 gefährlichen Fluchtrouten, etwa über das Mittelmeer, zu schaffen
 - 18 • Eine Ausweitung von Abkommen mit Drittstaaten für eine geregelte Arbeitsmigration
 - 19 • Bei einer möglichen Reform des Waffenrechts darf es durch zusätzliche Befugnisse für die
 - 20 Sicherheitsbehörden nicht zu einem Racial Profiling kommen.
 - 21 • Bessere Ausstattung der Sicherheitsbehörden zur frühzeitigen Erkennung von
 - 22 Radikalisierungstendenzen, wobei die Einhaltung der Bürger:innenrechte zu jeder Zeit
 - 23 sichergestellt sein muss
 - 24 • Sicherstellung der öffentlichen Finanzierung für die Extremismusprävention und
 - 25 Ausstiegsprogramme für bereits radikalisierte Personen
 - 26 • Der schnellstmögliche Beschluss des Demokratiefördergesetzes, um die Unterstützung für
 - 27 die Arbeit der Akteur:innen langfristig sicherzustellen
 - 28 • Eine Ausweitung der finanziellen Ausstattung der Kommunen und weiteren Akteur:innen
 - 29 von Integrationsmaßnahmen von Seiten des Bundes, um langfristig eine flächendeckend
 - 30 funktionierende Integrationsinfrastruktur zu schaffen, eine Stärkung von Modellen der
 - 31 Fluchtbewegungssteuerung wie z.B. über eine Teilnahme an der sog. „Safe Mobility

- 32 Offices“ Initiative (USA, Kanada und Spanien) sowie höhere bilaterale und EU-
33 Investitionen in die Aufnahme- und Integrationskapazitäten in sicheren Transitstaaten wie
34 den Westbalkanländer

Begründung:

Die vergangenen Wochen waren von Ereignissen gezeichnet, welche gemeinsam mit ihren politischen Folgemaßnahmen unsere Gesellschaft fundamental negativ prägen können. Ausgangspunkt sind 1.) der furchtbare, islamistisch motivierte Terroranschlag von Solingen und 2.) die Landtagswahlen in Thüringen, bei welcher erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine als offen rechtsextremistisch eingestufte Partei als stärkste Kraft hervorging, die in Sachsen ebenfalls mehr als 30% der Stimmen erhielt.

Diese Ereignisse haben im politischen sowie gesellschaftlichen Diskurs eine Debatte losgetreten, und dienten kurz vor den Wahlen in Sachsen und Thüringen als Rechtfertigung für einen neuen Rechtskurs in der Asyl- und Migrationspolitik den nicht nur die AfD als Plattform nutzte sondern auch Konservative der Mitte, wie die CDU und die FDP, und irritierenderweise die in der Innenpolitik maßgebliche SPD, die bislang mit alle ihren Beschlüssen für eine humane Geflüchtetenpolitik einstand und deren Aufweichungsversuchen unter Innenminister Seehofer unter Schwarz-Rot strikt entgegen trat. Seit dem Anschlag und dem Wahlkampf im Osten haben sich die Parameter verschoben. Nicht nur die Union – mit Forderungen, die größtenteils rechtlich gar nicht umsetzbar sind - bläst ins bis dato so explizit nur von der AfD intonierte, scharfmacherische Horn, sondern seither auch das BSW, die FDP und leider auch die Sozialdemokratische Partei. Als Handlungsmotiv wird dabei die Notwendigkeit angeführt, die Asyl- und Migrationspolitik wieder „in den Griff zu bekommen“, da hierin der zentrale Grund für die starken Wahlergebnisse der AfD gesehen wird. Zusätzlich werden die behördlichen Versäumnisse im Vorhinein des Terroranschlags von Solingen genutzt, um Forderungen nach einer strikteren Asyl- und Migrationspolitik zu rechtfertigen.

Im Rahmen der politischen Debatten stellte die Abschiebung nach Afghanistan den Tiefpunkt dar. In diesem Zusammenhang erklärten der sozialdemokratische Bundeskanzler sowie die sozialdemokratische Innenministerin, aber auch die gesamte Bundesregierung stolz, sozialdemokratische Innenministerin, aber auch die gesamte Bundesregierung stolz, man werde dem Vorhaben nun „endlich im großen Stil abzuschieben“ gerecht. Für die Umsetzung nahm man diplomatische Beziehungen zu den Nachbarstaaten des Terrorregimes auf, um das Talibanregime auf Umwegen für die Aufnahme der Abgeschobenen zu gewinnen. Dass man mit dieser Abschiebung Menschen in ein unsicheres, von einer Terrororganisation geführtes Land rückführt, in welchem grundlegende Menschenrechte nachweislich nicht eingehalten werden, oder aber die Täter ungestraft davonkommen und Menschen weiter gefährden, spielte keine Rolle. Das Hauptziel lag in der Schaffung eines Exempels für die Öffentlichkeit, um zu zeigen, dass die Bundesregierung „handelt“. Die langfristigen Wirkungen für die Bevölkerung vor Ort, für die abgeschobenen Menschen sowie für die zukünftig ausgehende Gefahr durch die Gefährder:innen wurden nicht thematisiert und nicht betrachtet. So darf eine sozialdemokratische Bundesregierung nicht handeln!

Jedem Menschen muss bewusst sein, dass es für die komplexen Gefahren, die von der rechtsextremistischen AfD sowie dem gewaltbereiten Islamismus für unsere liberale Gesellschaft ausgehen, keine einfachen Lösungen gibt. Es ist fatal, dass es der Bundesregierung, aber auch der SPD im Speziellen bisher nicht gelingt, die Komplexität der Lösung dieser Herausforderungen in ihren Handlungsvorschlägen sowie Diskursführung darzustellen. Vielmehr widerspricht sie mit ihrem bisherigen Handeln den sozialdemokratischen Grundwerten der Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, wodurch sie auch langfristig zur Verrohung im Zusammenleben unserer Gesellschaft beiträgt.

Die SPD muss verstehen, dass es für die Bekämpfung des Islamismus mehr braucht als eine striktere Gangart hinsichtlich der Asyl- und Migrationspolitik. Man muss hier ganz klar den Terror mit seiner Ideologie bekämpfen, jedoch nicht Geflüchtete oder Menschen mit Migrationsgeschichte. Hierfür benötigt es neben einem Ausbau und Stärkung von Präventionsangeboten und Aussteigerprogrammen, auch endlich eine umfassende Infrastruktur für eine erfolgreiche Integration von Geflüchteten und anderen Menschen, die neu in Deutschland ankommen. Extremismus in jeder Form muss durch Bildungsprogramme und Demokratieförderung begegnet werden.

Auch die Analyse hinsichtlich der bedrohlichen Ergebnisse der AfD bei den letzten Landtagswahlen greift in der Sozialdemokratie bisher noch zu kurz. Wir müssen endlich verstehen, dass mit einer Verschärfung der Asyl- und Migrationspolitik die Wähler:innen der AfD nicht zurückgewonnen werden können. Vielmehr überwiegen hier die negativen Wirkungen auf das Zusammenleben in unserer Gesellschaft, die aus der weitestgehend menschenverachtenden Debatte resultieren.

Daher braucht es hinsichtlich der inhaltlichen Bekämpfung der AfD einen neuen Ansatz, um möglichst viele Wähler:innen wieder für das demokratische Spektrum zurückzugewinnen. Dabei darf es ausdrücklich keine Rechtsverschiebung der eigenen Positionen bzw. Annäherung an die Positionen der AfD geben!

Im ARD-Deutschlandtrend im September beschreiben Personen in Deutschland vor allem die Themen Wirtschaft, soziale Ungerechtigkeit und Klimaschutz als eines von zwei der wichtigsten aktuellen politischen Themen. Aufgabe der SPD ist es nun, diese Politikfelder zu adressieren und hier gute Politik zu machen. Die SPD muss dafür stehen, dass sie die zentralen (Un)Gerechtigkeitsfragen, nicht ausschließlich in Ostdeutschland, sondern auch bundesweit, stellt. Insbesondere die Menschen in Ostdeutschland haben durch den sozial unausgewogenen Transformationsprozess seit der Wendezeit massiv Vertrauen in die politischen Akteur:innen verloren. Dieses Vertrauen muss die SPD mit langfristig angelegter und durchaus mühsamer Arbeit wieder zurückgewinnen. Dabei gehören die großen Fragen, auch systemische Fragen, in den Diskurs, um die bedrohliche zunehmende Ungleichheit in unserer Gesellschaft zu bekämpfen mit dem Ziel einer gerechten Umverteilungspolitik, die die Lebensbedingungen für die Beschäftigten und sozial Benachteiligten wieder nachhaltig hebt: sozial, kulturell, wirtschaftlich und infrastrukturell. Zudem braucht es eine umfassende und sozial ausgewogene Gestaltung mit ausreichenden Investitionen der notwendigen Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft, um möglichst viele Menschen hierbei mitzunehmen.